

# hochschule

leipziger beiträge  
zu hochschule &  
wissenschaft

# ost

# 1/01

## **hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft**

Herausgegeben von Peer Pasternack

Redaktion:

Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas,  
Thomas Neie, Peer Pasternack, Georg Schuppener

---

Redaktionsanschrift: Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

E-Mail: [hso@rz.uni-leipzig.de](mailto:hso@rz.uni-leipzig.de)

[www.uni-leipzig.de/~hso](http://www.uni-leipzig.de/~hso)

*hochschule ost* ist keine Publikation der Universität Leipzig. Sie erscheint in ausschließlicher Verantwortung der Redaktion. V.i.S.d.P. ist der Herausgeber. Erscheinungsweise: halbjährlich. Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen der Redaktion wieder. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck & Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-5-8

## ABWEICHUNGEN

### Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft

<i>Sebastian Gräfe &amp; Peer Pasternack:</i> Vermessung der Abweichungen.....	9
<i>Bernd Lindner:</i> Nebenschauplätze. Der deutsch-deutsche Bilderstreit als Zeugnis anhaltender Fremdheit.....	13
<i>Grit Lemke:</i> Politische Leidenschaft. Vom Überleben eines Festivals gegen alle Wahrscheinlichkeiten.....	23
<i>Michael Hofmann:</i> Strukturwandel und Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland.....	41
<i>Peter Förster:</i> Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation – Realität und Spekulation. Empirische Ergebnisse einer wendeüberschreitenden Längs- schnittstudie bei jungen Ostdeutschen.....	62
<i>Leo Ensel:</i> „Bilder vom fremden deutschen Alltag“. Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen.....	83
<i>Ulrich Heublein:</i> Anspruch und Realität. Die Wanderung von Studierenden zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands.....	99
<i>Peer Pasternack:</i> Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Ost-Hochschulen.....	114
<i>Thomas Ahbe:</i> Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen.....	143

## FORUM

*Siegfried Prokop:*

„Freiheit ist ein Selberwollen“.

Rudolf Schottlaender (1900-1988) zum 100. Geburtstag..... 157

*Ulrich van der Heyden:*

Standpunkte, Hintergründe und Diskussionen zum Für und Wider  
der Beseitigung der Afrikawissenschaften aus der DDR.....

171

*Anna-Katharina Szagun:*

Wege entstehen beim Gehen. Hochschuldidaktik in Rostock..... 201

*Dieter Dohmen:*

Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern:

Effizienzsteigerung durch Umstrukturierung..... 208

*Christine Titel:*

Russland im Herzen und im Kopf. Absolventenorganisation der  
Moskauer Lomonossow-Universität als Dach für partnerschaftliche  
Projekte in Wissenschaft, Bildung und Kultur.....

223

## DOKUMENTATION

Wolfgangs Rihms Rede an der Hanns-Eisler-Musikhochschule..... 231

## FORUM

*Eberhard Rebling:*

Noch einmal Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ ..... 232

*Jan-Peter Domschke:*

Gedanken zu einem neuen Buch. Von einem Eingeborenen..... 234

## REAKTION

*Arno Hecht:*

Alles nur Lüge? Anmerkungen zum Beitrag von Lutz Gilbert

in *hso* 3-4/2000, S. 307ff..... 238

## BERICHTE

Verharmlosung ohne Schnörkel (*UnAufgefordert*) ..... 242

Neue Länder – attraktive technologieorientierte Wissens-  
standorte (*HIS*) ..... 244

Studienanfänger folgen mehrheitlich dem Bildungsweg ihrer  
Eltern (*G.-W. Bathke/J. Schreiber/D. Sommer*) ..... 248

Datenbank zur Finanzierung von wissenschaftlichen Aktivitäten zwischen Ost und West ( <i>idw</i> ) .....	252
Anstieg der Habilitation im Jahr 2000 um über 10% - Frauenanteil mit 18% auf neuem Höchststand ( <i>Statistisches Bundesamt</i> ) .....	253

## FORUM

*Salvatore Barbaro:*

Profitieren die Reichen auf Kosten der Armen von der öffentlichen Hochschulfinanzierung?.....	254
--	-----

## DOKUMENTATION

Wie wild war Friedrich Merz? .....	290
------------------------------------	-----

## PUBLIKATIONEN

*Peer Pasternack:*

Bibliographie Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland und  
Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart

1. SBZ/DDR/Ostdeutschland	
1.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998.....	291
1.2. Aktuelle Publikationen.....	299
1.3. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten.....	316
2. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa	
2.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998.....	318
2.2. Aktuelle Publikationen.....	320

Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 2000 ( <i>Ulrich van der Heyden</i> ).....	324
--	-----

Wer ist wer? Das deutsche Who's who. Begr. V. Walter Habel, Lübeck 2000 ( <i>Jürgen Werner</i> ).....	326
--	-----

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 2001, München 2001 ( <i>Jürgen Werner</i> ).....	329
---	-----

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte, Marburg 2000 ( <i>Falk Bretschneider</i> ).....	332
--	-----

<b>Autorinnen &amp; Autoren</b> .....	337
---------------------------------------	-----

# Innerdeutsche Beziehungen

## Ost und West an den Ost-Hochschulen

**Peer Pasternack**  
Wittenberg/Leipzig

Es ist Widersprüchliches zu hören. In der Wissenschaft und an den Hochschulen sei die Ost-West-Integration hervorragend geglückt, sagen die einen. Man lebe bestenfalls in halbwegs friedlicher Koexistenz nebeneinander her, so die anderen. Hinzu treten diejenigen,

denen weder das eine noch das andere zu erleben vergönnt ist, da sie im Zuge der Neuordnung aus akademischen Beschäftigungszusammenhängen herausgeschleudert worden waren. An illustrierenden Beispielen mangelt es keiner Seite. Woraus speisen sich die einander ausschließenden Wahrnehmungen? Sortieren wir dazu ein wenig die empirischen Hintergründe.

### 1. Die Studierenden

Am wenigsten problematisch verhält es sich augenscheinlich bei den Studierenden. Deren West-Ost-Wanderung bleibt in Grenzen (wie auch die Ost-West-Wanderung), doch ist das kein Grund zur Beunruhigung: Zwischen Schleswig-Holstein und Bayern bspw. sind die Studierenden-Ströme ebenfalls nicht sehr viel größer, auch wenn der allgegenwärtige Mobilitätsdiskurs andere Vermutungen produziert.<sup>1</sup> Wer zum Studium aus dem Westen in den Osten kommt, folgt entweder einer eigenen Entscheidung oder ist ZVS-verschickt. Die zweite Variante ist naturgemäß nicht so beliebt, aber es hat zumindest kaum mehr jemand das Gefühl, in die Wildnis verbannt worden zu sein – anders als zu Beginn der 90er Jahre. Überdies entstehen, wenn die ZVSl er dann erst einmal da sind, Bewer-

---

<sup>1</sup> Genauer dazu vgl. den Beitrag von Ulrich Heublein in diesem Band.

tungsunterschiede, die sich aus schlichten Attraktivitätsdifferenzen der einzelnen Studienorte ergeben. Studienzeit ist ja auch Lebenszeit, mit der sich bestimmte Spaßerwartungen verbinden – und diese eingelöst zu bekommen, ist in Ilmenau oder Greifswald ein wenig mehr Eigenaktivität erforderlich, während man in Dresden oder Leipzig aus einer Überfülle des Angebots auswählen kann. Eine ostdeutsche Besonderheit hierbei ist die anhaltende Existenz einer ausdifferenzierten Studentenclub-Landschaft in nahezu allen Hochschulstädten.

Die Studienbedingungen sind formal weitgehend angeglichen. Auseinandersetzungen, die es diesbezüglich gegeben hatte, sind weitgehend zu Gunsten der ‚bewährten‘ westdeutschen Ülichkeiten entschieden worden – etwa beim Multiple choice in der Medizinerbildung als einem der größeren Streitfälle: Dort hatten bis 1996 die Vertretungen der ostdeutschen Medizinstudierenden in einer Einmütigkeit mit ihren Professoren, die in Westdeutschland unbekannt ist, gegen die mechanische Ankreuzprüfung und für die mündliche Examination gekämpft<sup>2</sup> (wobei freilich, wie zugleich erwähnt werden muss, die Sache nebenher einen befremdlichen Beigeschmack erhielt: bald nämlich war die Mündliche Prüfung zum nicht mehr steigerungsfähigen Höhepunkt zwischenmenschlicher Begegnung im Studium stilisiert worden; die Gefahr subjektiver Verzerrungseffekte, wie sie mündlichen Prüfungen notwendig eignet, spielte aus taktischen Gründen kaum eine Rolle mehr). In zahlreichen Fächern sind die Betreuungsrelationen an der ostdeutschen Hochschulen nach wie vor besser als in Westdeutschland. Die technische Infrastruktur rangiert z.T. vor der westdeutschen Hochschulen, weil die Neuausstattungen der letzten zehn Jahre naturgemäß auf dem jeweils aktuellsten Stand erfolgten.

Im Bereich der studentischen Selbstverwaltung fällt an den Ost-Hochschulen ein doppeltes Phänomen auf. Einerseits gibt es eine Teilung der überregionalen Zusammenarbeit zwischen den Studierendenvertretungen in West und Ost: Während in den westdeutschen Bundesländern der *freie Zusammenschluss von studierendenschaften* (fzs) den (konfliktgeneigten) Ton angibt, veranstalten die ostdeutschen StudentInnenRäte und Asten regelmäßig ein eigenes *ostdeutsches studierendenvertretungstreffen*

---

<sup>2</sup> Vgl. AG „Studiengestaltung in den neuen Ländern“ (1993); die Beiträge des Themenschwerpunkts „Streitfall Multiple Choice“ in: *hochschule ost* 2/1994, S. 39-58; Westhoff (1995).

(o.s.t.).<sup>3</sup> Andererseits überrascht die Präsenz der StudentInnen westdeutscher Herkunft in den selbstverwalteten studentischen Strukturen der Ost-Hochschulen. Während sie dort zwischen 10 und 25% der jeweiligen Studierendenschaft ausmachen, sind sie in den studentischen Vertretungsgremien mit einem jeweils etwa doppelt so hohen Anteil präsent. Dabei tragen sie auch das eher pragmatisch orientierte StuRa-Modell und die entsprechende Kooperationskultur voll mit; sie sind in dieser Hinsicht regelmäßig binnen kurzem gleichsam ossifiziert.<sup>4</sup> Dass sie sich zugleich immer noch durch dominanteres Kommunikationsverhalten von ihren ostdeutschen KommilitonInnen unterschieden bzw., umgekehrt, die Ostdeutschen nach wie vor einen zurückhaltenderen Stil pflegten, wird immer einmal wieder behauptet. Es wäre dies möglicherweise ein lohnender Untersuchungsgegenstand, der ggf. etwas über nach wie vor differierende Ost- und Westsozialisation aussagt.<sup>5</sup>

Problembeladener als bei den Studierenden sind die Verhältnisse im Bereich des Hochschulpersonals.

## **2. Das Personal: Ost-West-Quantitäten und ungleiche Bedingungen**

Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen in den Einzelheiten miteinander schwer vergleichbar. Zunächst lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiographien gegeben hat. Deren Ausmaß wird erst dann wirklich deutlich, wenn der Blick über die Hochschulen hinaus in die Bereiche der außeruniversitären Forschung gelenkt wird. So ist das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden:<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. näher Pasternack/Neie (2000, 372-389).

<sup>4</sup> ausführlich zur Entwicklung der studentischen Selbstverwaltung in Ostdeutschland: Pasternack (2000).

<sup>5</sup> Vgl. als empirische Untersuchung zum Zusammenstudieren von Ost- und Westdeutschen die (unveröffentlichte) Dissertation von Albert (1998), die das Thema am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin verhandelt. Einige (Vorab-)Ergebnisse daraus sind veröffentlicht in Albert (1995).

<sup>6</sup> wobei hier auf Grund der erwähnten Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden kann. Grundlage

- ca. 30% an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 50% in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 50% sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig),
- ca. 85% in der Industrieforschung (eine Leistung vor allem der Treuhand-Anstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich macht, der seinerseits dafür nichts kann, da es die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen – war, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und da „dem Markt“ diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes nicht direkt zugerechnet werden kann).

In dieser Gesamtansicht ließe sich bezüglich der Hochschulen also auch sagen, dass sie vergleichsweise glimpflich davon gekommen sind. Im Ost-West-Focus ist hinzuzufügen, dass das entlassene ostdeutsche Hochschulpersonal nicht vollständig durch auswärtiges ersetzt wurde, da zugleich ein teilweise drastischer Stellenabbau stattfand. Dennoch ergaben die Neubesetzungen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher Herkunft. Dabei wiederum muss auf erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält:

---

dieser Zusammenschau sind: Meske (1993), Hg. Meyer (1993), Neie (1996), Buck-Bechler et al. (1997), Lewin (1997), Burkhardt (1997).



Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufene ProfessorInnen waren 1997 elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden (Kaube 1998, 297).

- Andererseits sind bei die Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.<sup>7</sup>

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muss grundsätzlich weder verwundern – die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20% der gesamtdeutschen Bevölkerung –, noch muss sich dahinter ein prinzipielles inhaltliches Problem verbergen.<sup>8</sup> Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist aber darauf hinzuweisen, dass die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland insbesondere dann kein Problem wäre, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies ist freilich weder der Fall noch absehbar.

Zu den schlichten Quantitäten gesellen sich indessen weitere bewertungsrelevante Umstände. Hier sind vor allem unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen zu nennen. Bereits die Berufungen Ostdeutscher, wo sie zu Stande kamen, waren dadurch problembeladen, dass es sich rechtlich durchweg um Neuberufungen handelte. Das hieß, dass zwar alle RufempfängerInnen im Prinzip auch Verhandlungen führen konnten, aber: die Verhandlungsposition der Ostdeutschen, also oft der alten Stelleninhaber, war die eines Privatdozenten. Wenn ein solcher seine erste Stelle antritt, hat er keine Verhandlungsspielräume. Was dieser Unterschied in der ostdeutschen Ausnahmesituation bedeutete, erschließt sich erst bei genauerem Hinsehen. Der sächsische Wissenschaftsminister bezeugte aus

---

<sup>7</sup> zu den Geisteswissenschaften vgl. die Erhebungen in Pasternack (1996).

<sup>8</sup> zum ostdeutschen Berufungsgeschehen vgl. Meyer (1993), Stand der personellen Erneuerung (1993), Nature (1994); Brentjes/Pasternack (1994), Pasternack (1996); Abbott (1999); Hecht (2000); Gilbert (2000); zu den geschlechtsspezifischen Implikationen vgl. Burkhardt (1995) und Zimmermann (1997; 1999; 2000).

seinen Amtserfahrungen die Diskrepanz: Den zu berufenden Ostdeutschen habe man zum Rufschreiben gleich den ausgefertigten (also nicht mehr änderungsfähigen) Dienstvertrag hinzulegen müssen. Ganz anders dagegen bei den nichtostdeutschen Berufungskandidaten:

*„In einer solchen Situation bedarf es schon eines besondern psychologischen Kraftaktes und eines Übermaßes an heiterer Gelassenheit, z.B. den vielseitigen Brief eines ‚Westbewerbers‘ bis zu Ende zu lesen, der in den schwärzesten Farben den drohenden Weltuntergang – jedenfalls für dieses Fachgebiet – ankündigt, falls die C3 nicht in eine C4-Stelle umgewandelt wird. Man sieht förmlich, wie fassungslos der Briefschreiber ob der Borniertheit dieses Ministers ist, der derartig kleinlich mit Assistentenstellen, Institutsbibliotheken, neuen Geräten und anderen Notwendigkeiten zurückhält. Wenn man die Anstrengungen sieht, die in Berufungsverhandlungen unternommen werden, der mangelnden Einsicht von Ministerien in die finanziellen Bedürfnisse von Professoren abzuhelfen, braucht einem um den pädagogischen Eros der Hochschullehrerschaft nicht bange zu sein.“ (H. J. Meyer 1993, 298)*

Zunächst hielt sich der Ärger darüber, solche Briefe nicht schreiben zu können, bei den wiederberufenen Ostdeutschen in Grenzen. Immerhin standen ihnen ja unmittelbar auch andere Vorgänge vor Augen. Etwa der eines Leipziger Ethnologie-Professors, der im Oktober 1991 zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) gewählt worden war, dann 1992 nicht zu denjenigen WissenschaftlerInnen gehörte, die an der Leipziger Universität aus hochschulpolitischen Gründen im sog. verkürzten (d.h. nichtöffentlichen) Verfahren zum Professor neuen Rechts berufen wurden, so dass seine Stelle nach dem Sächsischen Hochschulstrukturgesetz ausgeschrieben wurde. Daraufhin bewarb er sich auf diese seine Stelle, während innerhalb der (westdeutsch dominierten) DGV ein Streit darüber entbrannte, inwiefern es opportun sei, dass sich DGV-Mitglieder auf die Stelle ihres soeben gewählten Vorsitzenden bewerben, obgleich sie das Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Stellen zur Besetzung „im Grundsatz“ ablehnten. Am Ende siegt die Aussicht auf eine Stelle über moralische Erwägungen. Das Besetzungsverfahren endete für den Leipziger Ethnologen negativ. (Vgl. Pommerening 1993)

Ebenso haben diejenigen Ostdeutschen, die bei den Berufungen zum Zuge gekommen waren, noch die besondere Gruppe sog. Professoren alten Rechts vor Augen, also jene bereits in der DDR Berufenen, die – da positiv evaluiert – weder entlassen noch auf die ausgeschriebenen Professuren (z.T. ihre ursprünglich eigenen) berufen worden waren. Diese befinden sich in einer merkwürdigen Position zwischen wissenschaftlichem MitarbeiterInnen- und ProfessorInnenstatus. Ihre mitgliedschaftliche Stel-

lung ist z.T. von gesonderten Entscheidungen der Fakultäten abhängig, z.T. regeln die Hochschulgesetze der Mitwirkungsmöglichkeiten in der akademischen Selbstverwaltung. (Vgl. Neie 1997)

Doch auch, wo es das Bedürfnis gibt, einzelne gezielt zu ärgern, hält das akademische Stichelei-Repertoire reichhaltige Instrumente bereit. Diese wurden und werden auch mit viel Fantasie eingesetzt, ob es nun um mitgliedschaftliche Rechte als HochschullehrerIn geht, um Prüfungsbechtigungen, mehr oder weniger komfortable Büros, Ressourcenzugriff, etwa Mittel für studentische Hilfskräfte, oder um so feinsinnige wie unsoveräne Abstufungen in Personal- und Vorlesungsverzeichnissen. Für Letztgenanntes ein Beispiel aus der Leipziger Universität: Dort wollte man offenbar die Überreste der personellen Flurbereinigung 1990ff. zwar schamhaft, aber doch kenntlich machen und verfiel zu diesem Zweck darauf, im Personalverzeichnis bei den ProfessorInnen neuen Rechts korrekt das jeweilige Berufungsgebiet in Klammern zu vermerken, hingegen bei den Überresten der DDR-Hochschullehrerschaft allein „Professor“ hinzuschreiben – was offenbar soviel bedeuten soll wie: „Professor für nichts“. Einzelne Institute wie das für Geschichtswissenschaften sortierten die (wenigen) Hochschullehrer alten Rechts denn auch gleich in die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter. (Vgl. Universität Leipzig 1996)

Doch selbst nach dem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst wird das Personal ostdeutscher Herkunft, gleich in welcher Position in den Ruhestand gegangen, monatlich daran erinnert werden, wo es herkommt: Die Ruhestandsbezüge eines ostdeutschen Professors erreichen selbst nach zehnjähriger Tätigkeit als Hochschullehrer neuen Rechts kaum mehr als ein Viertel der Bezüge des Kollegen im Nachbarzimmer, den der Zufall ursprünglich in Westdeutschland platziert hatte. Schließlich kann auch kein Angehöriger des ostdeutschen Personals generell sicher sein, die Rente im aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu erreichen: Da in der Regel nicht verbeamtet, unterliegen sie dem BAT-Ost, und dieser setzt unter anderem die BAT-Bestimmung außer Kraft, die nach 15 Beschäftigungsjahren im Öffentlichen Dienst vor der betriebsbedingten Kündigung schützt.

Kaum verwundern kann es vor solchen Hintergründen, dass die nach wie vor 14% unter den westdeutschen Gehältern liegende Bezahlung der ostdeutschen Arbeitsleistung Unmut reproduziert. Zwar war hier immerhin eine anfängliche Absurdität nicht mehr weiter betrieben worden, nämlich KollegInnen, die einer vergleichbaren Beschäftigung nachgingen

und z.T. im gleichen Zimmer saßen, aber unterschiedlicher Ost-West-Herkunft waren, unterschiedlich zu bezahlen. Doch die fehlende Angleichungsperspektive irritiert zunehmend auch diejenigen, die anfangs den Haushaltsargumenten zu folgen durchaus gewillt waren.

Größere Gelassenheit hingegen ist unterdessen hinsichtlich der sog. Di-Mi-Dos eingekehrt, also derjenigen, die ihre Anwesenheit am Hochschulort auf zwei bis drei Wochentage beschränken. Hier wissen inzwischen auch sehr viele Ostdeutsche durch ihre eigenen Erfahrungen der letzten zehn Jahre, dass dahinter nicht zwingend eine tiefe Abneigung gegen den ostdeutschen Charakter der jeweiligen Campusumgebung steckt. Es kann durchaus gute Gründe geben, nicht dort zu siedeln, wo man Lehrveranstaltungen hält: fehlende berufliche Möglichkeiten für den oder die Lebensgefährten etwa oder Mobilitätsmüdigkeit nach zuvor bereits mehrfach vollzogenen, beruflich veranlassten Ortswechselln mit der entsprechendem Notwendigkeit, fortwährend neu soziale Netzwerke aufzubauen.

Nicht gänzlich ohne Ressentiments findet sich indes immer einmal wieder ein Vorwurf formuliert, der dann in der Regel mit der Di-Mi-Do-Problematik verknüpft wird: Der Osten, so lautet der Vorwurf, sei für viele Westdeutsche nichts weiter als ein Karrieresprungbrett (und deshalb würden sie auch gar nicht erst ihren Wohnsitz in eine ostdeutsche Stadt verlegen). Viele hätten nichts Eiligeres zu tun, als sich so schnell wie möglich wieder von ihrer ostdeutschen Hochschulen weg zu bewerben. Dieser Vorwurf kollidiert freilich mit einem anderen: dieser sieht vornehmlich mittelmäßige Professoren aus dem Westen in den Osten gewandert.

Übersetzt man ‚mittelmäßig‘ mit ‚durchschnittlich‘, dann wird jedoch zunächst deutlich, dass diese Einschätzung wohl weder falsch ist noch ein irgendwie geartetes Problem formuliert: Es ist normal, dass die meisten HochschullehrerInnen ‚durchschnittlich‘ sind, denn erst von diesem Durchschnitt werden über- und unterdurchschnittliche Talente und Leistungen unterscheidbar. Darüber hinaus wäre aber auch zu entscheiden, was man wirklich kritisieren möchte. Wenn kritisiert wird, dass C3-Ost-Besoldete erfolgreich danach streben, C4-Normal-Besoldung zu erlangen, eines wird dann implizit bestätigt: Es verschlägt auch WissenschaftlerInnen an ostdeutsche Hochschulen, die so gut sind, dass sie auch noch andernorts Chancen haben. Wenn hingegen alle nach Ostdeutschland Berufenen dort ihren Lebensabend erwarten sollen, obwohl viele von ihnen

vom Lebensalter her durchaus noch andere Berufungen anstreben könnten, dann sollte man realistischerweise keine qualitativ allzu überdurchschnittlichen Berufungen erwarten.

Damit soll indes ein Problem nicht relativiert werden: Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Biographien der ost- und westdeutschen Stellenprätendenten machten es durchaus leicht, bei den Berufungen mit formalen Argumenten zu operieren, um von qualitativen Gesichtspunkten ggf. absehen zu können. Weniger eindrucksvolle Publikationslisten und geringe oder keine Auslandserfahrung der ostdeutschen WissenschaftlerInnen ersparten es den Berufungskommissionen oft, sich in allzu tief gehende inhaltliche Debatten hineinbegeben zu müssen. Hier liegt nun allerdings ein Grund, weshalb die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um einen überdurchschnittlichen ostdeutschen Bewerber hinter sich zu lassen, genügte dem westdeutschen Konkurrenten unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Zusammengefasst: Wenn oben gesagt worden war, dass man es den Studierenden kaum habe wünschen können, von möglichst vielen ostdeutschen HochschullehrerInnen sozial- und geisteswissenschaftlich unterrichtet zu werden, dann gilt ähnliches gewiss auch für die heutige Situation. Nicht bei jedem seit 1990 Berufenen ist man sich sicher, ob es Studierenden wirklich zu wünschen ist, bei ihm zu studieren. Das Wettbewerbslichkeitsargument jedenfalls – die Besten setzen sich durch und nur die Schlechten bleiben auf der Strecke – ist in den ostdeutschen Besetzungsverfahren der 90er Jahre sehr viel gründlicher desavouiert worden, als es die sonstigen akademischen Üblichkeiten vermögen.

Das langfristige Hauptproblem der Ost-West-Verteilung im akademischen Personal der ostdeutschen Hochschulen scheint indes sehr viel gravierender zu sein: Es ist dies der quantitative und qualitative Anteil Ostdeutscher an *gestaltenden* Positionen überhaupt. Das gilt im Prinzip für Gesamtdeutschland, doch wirkt im Ostteil der heute sehr geringe Anteil besonders auffällig. An den Hochschulen lässt es sich fasslich greifen, wenn die Verteilung der ost- und westdeutschen StelleninhaberInnen auf die C3- und die C4-besoldeten Professuren in Augenschein genommen wird: Ostdeutsche besetzen überdurchschnittlich die geringer dotierten

Stellen. Dies setzt sich fort bei den Entscheider-Positionen, also in Rektoratskollegien, in Ministerialapparaten und bei der Vertretung in Wissenschaftsorganisationen oder Gutachterstrukturen. Bürklin/Rebenstorf (1997) sehen im Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft lediglich 7,3% der funktionalen Elitepositionen<sup>9</sup> ostdeutsch besetzt – bei 20% ostdeutschem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik.

Die Ursachen dieses Problems sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwechsels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an der Hochschule verbleiben zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR; wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich ostdeutsche Rektoratsämter bspw. nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewusstseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Denn schließlich muss den Hochschulen eine Amtsbesetzung nicht deshalb zwingend gut bekommen, weil es eine Koinzidenz von geographischem Hochschulstandort und biographischer Herkunft der AmtsinhaberInnen gibt. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorates oder Prorektorates schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat auch nicht jede Besetzung mit einem westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

### **3. Mentalitäten – Rückblick: 1995**

1995 hatten wir die ‚innerdeutschen Beziehungen‘ an den ostdeutschen Hochschulen bereits einmal näher untersucht (Pasternack 1996), wobei eine Konzentration auf eine größere Fächergruppe erfolgt war: analysiert

---

<sup>9</sup> unter „Elite“ werden dort die Personen gefasst, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken (Bürklin/Rebenstorf 1997, 14ff.).

wurden die geisteswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereiche<sup>10</sup> an den sechs traditionellen Universitäten<sup>11</sup> im ostdeutschen Siedlungsgebiet. Sie umfassten damals insgesamt 428 Etatprofessuren;<sup>12</sup> dieser Lehrkörper setzte sich aus 119 Ostdeutschen (33,5%), 229 Westdeutschen (65%) und sechs AusländerInnen (1,4%) zusammen, 74 Professuren waren zum Erhebungszeitpunkt noch unbesetzt.<sup>13</sup>

Die Auswertung der damals geführten Interviews<sup>14</sup> hatte gezeigt, dass sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre an den ostdeutschen Hochschulen Wahrnehmungskollektive Ost und West herauskristallisiert hatten – trotz seinerzeit auch anzutreffender, z.T. vordergründiger Bemühungen um ein behagliches Bild des Miteinanders. Zunächst gab es unbestreitbar Ost-West-Unterschiede in den sozialen Erfahrungen und kulturellen Bezügen, was hier insbesondere an den jeweiligen fachlichen Bio-

---

<sup>10</sup> Geisteswissenschaften i.e.S.: Philosophie, Geschichts-, Sprach- und Literatur-, Musik- sowie Kulturwissenschaften, Kunstgeschichte, Asien-, Afrika-, Orient- und Altertumswissenschaften. Außer Acht blieb die Theologie.

<sup>11</sup> und zwar die, welche bereits 1990 Volluniversitäten waren: Rostock, Greifswald, (Ost-) Berlin, Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena.

<sup>12</sup> Zu den regulären Stellenbesetzungen hinzu kamen insgesamt 78 ostdeutsche HochschullehrerInnen (Dozenten & Professoren), die außerhalb von regulären Professuren beschäftigt waren: entweder als Hochschullehrer alten Rechts – auf etatisierten Mittelbau- oder C2-Stellen oder auf Überhangstellen, z.T. infolge von Wiedereinklagung ins Arbeitsverhältnis nach vorangegangener Kündigung – oder auf Stellen, die aus dem Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) finanziert wurden.

<sup>13</sup> Dabei ist zu beachten, dass die Schwankungsbreite recht groß war. Während etwa in den geisteswissenschaftlichen Instituten des FB Geschichte/Philosophie/Sozialwissenschaften der Universität in Halle nur eine Professur von insgesamt 14 ostdeutsch besetzt war, fanden sich Bereiche wie die Philologische Fakultät der Leipziger Universität mit einem ausgeglichenen Ost-West-Verhältnis. Eines gab es indessen nicht: eine Fakultät, in der auf mehr als die Hälfte der Professuren ostdeutsche BewerberInnen berufen worden waren. Die Schwankungsbreite erklärte sich zum wesentlichen Teil durch die jeweils vertretenen Fächer. So gehörten Philosophie und Geschichtswissenschaften in den meisten Bundesländern zu den abgewickelten Einrichtungen. Der Anteil ostdeutscher StelleninhaberInnen war hier ähnlich niedrig wie in den gleichfalls völlig neu aufgebauten Sozialwissenschaften. Vornehmlich in den sog. kleinen Fächern dagegen waren Ostdeutsche relativ gut vertreten, obschon hier bei (um Standardausstattungen zu erreichen) zusätzlich eingerichteten Professuren auch meist westdeutsche BewerberInnen zum Zuge kamen.

<sup>14</sup> mit 26 Dekanen und Institutsdirektoren geisteswissenschaftlicher Fakultäten bzw. Institute an sechs Universitäten; hinzu kamen zwei ostdeutsche GesprächspartnerInnen, die aus Einrichtungen stammten, welche in ihrem früheren strukturellen Zuschnitt nicht mehr bestanden. Die Quellen sind im folgenden, bzgl. ihrer Herkunft, mit O = Ostdeutscher, W = Westdeutscher sowie A = Ausländer spezifiziert und im übrigen anonymisiert. Die Kategorisierung folgt keiner Tendenz gefälliger Ethnisierung; sie soll lediglich biographisch-kulturelle Kontextualisierungen ermöglichen.

graphien manifest wurde. Daraus begründeten sich differierende Habitusformen, Wissenschaftsverständnisse und Lehrkulturen. Sodann trugen einige der oben schon erörterten Beschäftigungs- und Berufsmodalitäten jedenfalls nicht dazu bei, die Unterschiede zu vernebeln.

Aus Perzeptionen einschließlich Missperzeptionen zusammen mit den Beschäftigungsmodalitäten konstituierte sich eine mehr oder weniger diffuse Stimmungslage. Bestandteil dieser waren beobachtbare Abneigungen zwischen Ost- und Westdeutschen, und wo sie vorkamen, trafen sie kollektiv. Zuneigungen gab es als individuelle. Das funktionierte jeweils in beide Richtungen. In einigen Bereichen war freilich bereits 1995 das Zusammenwachsen merklich erleichtert dadurch, dass kaum noch Ostdeutsche da waren. In mehreren Instituten waren die Ost-West-Beziehungen überdies mit einer hierarchischen Brechung parallelisiert: Ostdeutsche fanden sich vornehmlich auf den untergeordnet(er)en Stellen, C3-besoldet bzw. im Mittelbau. Dies mündete unter anderem in eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in den Gremien der hochschulischen Selbstverwaltung und eine westdominierte Diskurskultur. Einige der seinerzeitigen Befunde verdienen insoweit Interesse, als sie sich auch heute hätten erheben lassen können.

Sehr ausführlich fanden sich differierende Habitusformen geschildert. Das reichte von der vorsichtigen Formulierung: „unterschiedliche Stile sind spürbar“ (O), über transzendierende Aussagen wie: „Merkwürdig ist es, in einem Umfeld zu leben, wo '68 nicht stattgefunden hat: '68 hatte eine neue, zivile Kultur gebracht (und das kann man auch sagen, wenn man mit der Bewegung damals Schwierigkeiten hatte)“ (W), bis hin zu sehr deutlichen Meldungen:

*„Wir haben hier ein vielfältig zusammengesetztes Gemisch aus inhaltlichen und ideologischen Dispositionen. Die Fähigkeit zur Rollendistanz ist bei den Ostdeutschen geringer ausgeprägt. Sie haben große Schwierigkeiten, sachliche Auseinandersetzungen, insbesondere wenn die hart geführt werden, nicht auf die persönliche Ebene zu beziehen, also auf emotionale Implikationen zu verzichten. Deutlich wurde das z.B. bei einer Kolloquiumsreihe im ersten Jahr, in der alle Wissenschaftler ihre Projekte vorstellten, und sachliche, aber natürlich deutlich vorgetragene Einwände seitens der Westler bei den Ostdeutschen erhebliche Verstörungen auslösten. Bei den Ostlern gibt es eine stärkere Ängstlichkeit in Debatten und die Neigung, Unterstellungen zu vermuten bzw. mit solchen zu operieren. Das ist dann schon schwierig für jemanden, der aus einer eher rationalen Diskurskultur kommt, wo man sich argumentativ nichts schenkt.“ (W)*

Das war an einem Leipziger Institut. Ein anderer Gesprächspartner fasste es so zusammen:



*„Aus informellen Dingen wie Gesprächskulturen und Habitus ergeben sich automatische Gruppenzuordnungen – Fremd- und Selbstzuordnungen. Hier dann Grenzüberwindungen zu leisten, kostet Energie. Die aufzubringen verlangt bewusste Entscheidungen.“ (A)*

Differenziert wurde dabei immer wieder zwischen älteren und jüngeren WissenschaftlerInnen: „Die älteren Mittelbau-Kollegen machen im wesentlichen, was sie schon immer gemacht haben“ (Sprachwissenschaftler W). Doch den „jungen Leuten – sie müssen sich der Konkurrenz stellen – gelingt die Öffnung nach außen problemlos. Bei den älteren Kollegen wirkt ganz augenscheinlich eine starke Traditionalität in der Methodenorientierung“ (anderer Sprachwissenschaftler W). Der Kontrast zeige sich auch in der Bewältigung des Institutsalltags:

*„Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen älteren und jüngeren Ost-Kollegen: Die Älteren fragen ‚Was sagt dazu die Institutsleitung?‘ Die Jüngeren sind wohl ziemlich froh über die eher lockeren Westverhältnisse bezüglich der allgemeinen Abläufe des akademischen Betriebs.“ (Literaturwissenschaftler W)*

Die Gründe für solche habituellen Differenzen sind, naheliegenderweise, wesentlich in den unterschiedlichen fachlichen Biographien zu finden. Beispiele aus den Fächern:

*„Die Profilschneidung geht von westlichen Voraussetzungen aus. Daraus folgt eine strukturelle Benachteiligung der Ostdeutschen, da deren Profile meist schmaler sind. Zum Beispiel können viele Slawisten nur Russisch und haben kein weiteres Standbein.“ (W) „In Westdeutschland hatte sich in den letzten 20 Jahren eine Kultur der werkimmanenten musikalischen Analyse aufgebaut, die in der DDR wohl keine so große Rolle gespielt hat. Im Augenblick findet gerade eine Verabschiedung davon statt hin zu stärker soziologischen Fragestellungen. Jedoch ist es ein Unterschied, ob man sich von etwas verabschiedet, das man durchgemacht, oder ob man sich – wie die ostdeutschen Kollegen – davon nicht verabschieden muss, da man es nie kennen gelernt hat.“ (W) „Im Prinzip gibt es keine Kulturunterschiede. Die Westdeutschen haben lediglich bestimmte Ausbildungs- und Fremdsprachenvorteile.“ (O) Oder zum Spezialisierungsverständnis: „Bei der Ausarbeitung der Studienordnungen gab es dadurch Probleme, dass die Ostdeutschen gewohnt waren, dass für jedes Land ein eigener Studiengang bestand, es nun aber nur noch Südostasien und dgl., also regional spezifizierte Studiengänge gibt.“ (A)*

Aus den unterschiedlichen fachlichen Biographien resultieren deutlich verschiedene Wissenschaftsverständnisse. Die Ostdeutschen seien stark positivistisch fixiert, wo bei den Westdeutschen mehr ein Offenhalten der Ansätze gepflegt werde (Historiker W). Freundlicher drückte es ein Philosoph (W) aus: „Es gibt eine Entwicklung bei den ostdeutschen Kollegen dahingehend, die Offenheit der philosophischen Debatte als ‚allgemeiner

Verunsicherung` zu akzeptieren.“ Eine „augenscheinliche Traditionalität in der Methodenorientierung“ fand sich häufig erwähnt. „Viele ostdeutsche Kollegen haben Schwierigkeiten, neue methodische Ansätze aufzunehmen – oder überhaupt einen.“ (Sprachwissenschaftler W) Dies habe auch ganz praktische Folgen:

*„Da der Mittelbau im Grundstudium tätig ist und dort andere nicht lehren können, um dem Mittelbau nicht die Arbeit wegzunehmen, fehlt dann bei den Studenten im Hauptstudium die Kenntnis der methodischen Vielfalt.“ (Literaturwissenschaftler W)*

Eine andere häufig genannte Differenz betraf die unterschiedlichen Lehrkulturen. Ein ostdeutscher Dekan nannte die vormalige DDR-Lehrkultur „stärker lehrerorientiert“. Zwei Konflikte ergaben sich dabei: Zum einen eine Neigung zu mehr Reglementierung zur Einhaltung der Regelstudienzeit, zum anderen tendierten die Ostdeutschen „stärker zu mündgerechtem Darbieten, während die Wessis deutlicher auf die Anregung der Entwicklung eigener Positionen orientiert sind.“ Ein Institutsdirektor (Geschichtswissenschaft W) erwähnte, er habe als Gründungsprofessor zunächst einmal die bis dahin übliche Testierung der Vorlesungen abgeschafft. Ein ostdeutscher Literaturwissenschaftler sah die Einheimischen „eher auf Studienerfolg orientiert“. Differenzierend meinte ein Berliner Institutsdirektor (W):

*„Manche der Westdeutschen kamen aus Unis mit sehr unstrukturierten Studiengängen und waren von daher ganz angenehm überrascht über die hiesige Situation. Zugleich genossen die Osis stark die Freiheit der Lehre. Wiederum zugleich hatten aber auch die Ost-Professoren die Studien- und Prüfungsordnungen von FU und TU abgeschrieben.“*

Hier klangen zahlreiche Ost-West-Differenzen an. Diese wurden freilich auch häufig von Gesprächspartnern bestritten. In den Interviewverlauf eingebaute Kontrollfragen ergaben indes fast immer auch in deren Einrichtungen bestehende, oft unterschwellige Differenzen. Völlige Eintracht, zumindest im Ost-West-Fokus, herrschte wohl nur in solchen Instituten, deren Ostpersonal-Anteil gegen Null ging. „Ein Zusammenraufen ist fast nirgends notwendig, da kaum Ost-Professoren da sind“, formulierte es ein Historiker und Dekan (W). Zudem schienen deutliche Fächerunterschiede durch. Zuvörderst in den Kleinen Fächern tauchten Äußerungen auf, wie: „Ich habe noch nie so harmonisch in meinem Leben gearbeitet“ (ein Musikwissenschaftler W), oder: „Die Zusammenarbeit verläuft ausgesprochen harmonisch, es ist kaum bemerkbar, woher die

einzelnen jeweils kommen“ (ein Archäologe O). Ein anderer Archäologe (O) benennt mögliche Gründe für die Problemlosigkeit:

*„Es gab im Prinzip keine getrennte Ost-West-Rezeption innerhalb des Faches. Entweder etwas war gut oder nicht gut. Zudem waren in gewisser Weise manche West-Archäologen marxistischer als die DDR-Archäologen, etwa bei der Interpretation von Mensch-Umwelt-Beziehungen.“*

Das ost-west-deutsche Zusammentreffen zweier gravierend differierender Lehr- und Forschungskulturen stellte wissenschaftshistorisch einen eher seltenen Fall dar: einerseits die aus der DDR kommende, 40 Jahre lang weitgehend in sowjetisch-osteuropäischem Kulturtransfer entwickelte, andererseits die in der ehemaligen Bundesrepublik zuvörderst in westlich-transatlantischen Bezügen herausgebildete Wissenschaftskultur. Wenn dieser Vorgang des Zusammentreffens vornehmlich als Verwestlichung inszeniert und empfunden wird, ergibt sich zwangsläufig eine soziale Überlegenheit der einen Seite und Unterlegenheit der anderen – wenigstens für eine Übergangszeit. Am deutlichsten offenbarte sich dies immer wieder in den vergangenheitsbezogenen Debatten. Von der Universität Potsdam berichtete ein Besucher:

*„Den Studenten wird hier wahrlich einiges geboten. Junge Leute, die bei irgendeinem westdeutschen Karriere-Historiker studieren, genießen dieses Privileg nicht. Nie werden sie erleben, wie sich ihr Professor im Vorlesungsraum geknickt angeklagt: daß er schändlicherweise und ohne Not den herrschenden Diskurs nachgeplappert habe; daß er konkurrierende Kollegen weggeboxt habe; daß er eigene Schüler rücksichtslos auf Versorgungsstellen gehievt habe; daß er strategische Koalitionen geschlossen habe, um der eigenen Forschung Geldmittel zu sichern; daß er planmäßig Berufungskommissionen infiltriert habe; und daß er das alles jetzt bereue.“ (Schümer 1995)*

Die Frage wird zu stellen sein, wie lange das Andauern einer solchen Übergangszeit vertretbar ist. Dies wiederum wird nicht allein in den Institutionen – Hochschulen, Fachbereichen, Instituten –, sondern mindestens ebenso in den Fächern – Fachgesellschaften, Gutachtungsstrukturen, Netzwerke – entschieden. Ein Indiz kann der Umgang der Einzelfächer mit ihrer jeweiligen DDR-Geschichte sein.<sup>15</sup> Eines der aufregendsten Beispiele lieferte hier die Philosophie.

1996 hatte Ulrich Johannes Schneider im Auftrag der UNESCO einen Bericht zur Lage der deutschsprachigen Universitätsphilosophie verfasst. Ein Auszug daraus war in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* unter

---

<sup>15</sup> ausführlich dazu Pasternack (2001).

dem Titel „Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie“ abgedruckt worden (Schneider 1996). Darin ging es um die Modalitäten der Abwicklung der ostdeutschen Philosophie und die inhaltliche Fundierung dieses Vorgangs. Schneider – zwar in Leipzig lehrend, doch in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnen – kritisierte, dass die deutsche Universitätsphilosophie aus einer Selbstverständlichkeit in die andere geraten scheine, ohne dass eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte (ebd., 150). Dass die „Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde“, erweise „sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten“ (ebd., 158).

Diese Publikation löste eine heftige Debatte über den Umbau der Philosophie in Ostdeutschland in den Jahren nach 1989 und über die Geschichte der DDR-Philosophie aus. Eine Disziplin, der gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, veranstaltete nun, nachdem alles bereits gelaufen war, eine nachholende Debatte. Diese verspätete Diskussion hatte freilich auch Vorteile. Die Betrachtung konnte von den Ergebnissen her geschehen. Da die DDR-Philosophie final deaktiviert war, durfte die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten: Ein „Augias-Stall“ war „auszumisten“, schätzte der aus Westdeutschland nach Jena berufene K.-M. Kodalle (1996, 507) ein. Der Ostdeutsche H.-U. Wöhler (1996, 508), TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die „Ahnungslosigkeit“ von Leuten, die „die getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen“. Die Debatte endete Anfang 1998, also nach zwei Jahren, infolge Ermattung ihrer Protagonisten.<sup>16</sup>

#### **4. Wahrnehmungsmuster & Legitimitätsdefizite**

Aus den gesammelten Erfahrungen ergaben sich auf Seiten der Ostdeutschen deutliche Legitimitätsdefizite für den erfahrenen Umbauprozess. Ein wesentlicher Teil dieses Befundes begründet sich aus dem weitgehenden individuellen Verlust zuvor gültiger sozialer Wahrnehmungsmuster.

---

<sup>16</sup> Vgl. die Komplettdokumentation der Debatte in Pasternack (1998).

Es war die Konfrontation mit einem völlig neuen System von – insbesondere informellen – Codierungen zu realisieren. Alte Vertraut- und Gewissheiten, in die man hineingewachsen war, waren auszutauschen gegen neue Unvertraut- und Ungewissheiten, in die man plötzlich und vorbereitungslos geriet. Die bisherige personale Souveränität wurde so zunächst in Frage gestellt.

Als erste Orientierungspunkte in solch unbekanntem Verhältnissen werden naheliegenderweise deren formalisierte Regeln genommen. Diese sind weitgehend einsichtig, die Akteure sind bekannt, deren Ziele meist formuliert – und dennoch stellen sich vielfach nicht die erwarteten Ergebnisse ein. Solche Kontingenzerfahrungen, geschuldet der vorläufig defizitären Beherrschung nunmehr gültiger sozialer Codierungsregeln, verschafften dem durchlebten Vorgang das erste Legitimitätsdefizit. Sein zweites Legitimitätsdefizit wuchs ihm dadurch zu, dass offenkundige Differenzen zwischen erfolgreich durchgesetzten Partikularinteressen externer Akteure und systemischen Rationalitäten bestehen.

Nun gibt es in den sozialen Erfahrungen und kulturellen Bezügen unbestreitbar Ost-West-Unterschiede. Das wird insbesondere in den jeweiligen fachlichen Biographien manifest. Daraus begründen sich differierende Habitusformen, Wissenschaftsverständnisse und Lehrkulturen. Deren Wahrnehmungen produzieren in beiden Gruppen jeweils immanent weitgehend einheitliche Bewertungen: Diese „kognitive ‚Mechanik‘ der Kategorisierung“ (Tajfel 1982, 101) generalisiert, in unterschiedlich zugespitzten Formulierungen, insoweit, als sie die je ‚andere Seite‘ als intern gering differenzierte Population auffasst. In den Wahrnehmungskollektiven Ost & West aktualisieren Selbst- wie Fremduordnungen eine Reihe von Stereotypen.

Dem entspricht auch, dass die öffentliche Debatte, die dazu – über die Hochschulen hinaus – geführt wird, in zwei einander ausschließende Diskurse zerlegt ist:

*„In dem einen Diskurs wird der Vereinigungsprozeß im großen und ganzen als gelungen angesehen. Innerhalb dieses Diskurses werden Probleme der Vereinigung [...] auf die Altlasten des DDR-Systems zurückgeführt, werden die Ostdeutschen zu mehr Geduld aufgefordert, und es wird ihnen Aktivitätszurückhaltung, Institutionenskepsis und Autoritarismus vorgeworfen. Die andere Position hält Mahnwache vor den bedrohten Beständen der ostdeutschen Lebenswelt, fordert von den Westdeutschen eine höhere Opferbereitschaft, rechnet Vereinigungsprobleme der kolonialisierenden Form der Wiedervereinigung zu und sieht den Vereinigungsprozeß als überstürzt und im großen und ganzen als mißlungen an.“ (Pollack 1996, 412)*

Zunächst müssen die sozialen Kategorisierungen, die sich in diesem Kontext entfalten, nicht verwundern. Die Mitglieder einer Gruppe streben, auf Grund eines Bedürfnisses nach einem zufriedenstellenden Selbstkonzept, nach positiver sozialer Identität und möglichst großer Unterscheidung von anderen Gruppen (Tajfel 1982, 101ff.). Hierzu müssen sie sich in wichtigen Vergleichsdimensionen überlegene Positionen zuschreiben. Das ist selbstredend mit entsprechend abwertenden Einschätzungen der jeweiligen Vergleichsgruppe verbunden. Doll et al. (1994) ermittelten bspw., dass sich das dominante Urteilsverhalten der Westdeutschen als eine „indirekte Diskriminierung“ der Ostdeutschen deuten lässt, durch die sie, die Westdeutschen, eine positive soziale Distinktheit zu bewahren suchen. Sie schrieben ausschließlich sich selbst „Kompetenz-“ und „Arbeitstugendmerkmale“ (zuverlässig, fleißig, ideenreich und dgl.) stark zu, den Ostdeutschen hingegen nur zwei weniger wichtige ‚moralische‘ Merkmale, nämlich „bescheiden“ und „rücksichtsvoll“.

Verschiedene der weiter oben beschriebenen Umstände des Zusammenwirkens von Ost- und Westdeutschen an den Ost-Hochschulen bewirken, dass die Bedeutung der jeweiligen kategoriellen Zugehörigkeit in den Interaktionssituationen relevant bleibt. Rippl (1995, 281f.) stellte in Auswertung empirischer Daten fest: Unter solchen Umständen werden Generalisierungen von individuellen Erfahrungen auf die Gruppenebene vorgenommen und sind in Beziehungen mit hohem Kategorisierungsniveau negative Kontakterfahrungen wahrscheinlicher. Folglich werden in Kontaktsituationen – wie sie an den Hochschulen alltäglich sind – negative Erfahrungen mit Individuen auf die Gruppenebene übertragen. Kontakte allein jedenfalls gäben wenig Grund zu der Hoffnung, positivere Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen zu fördern.

Die von den ostdeutschen Hochschulangehörigen empfundenen Legitimitätsdefizite des erlebten Prozesses und mithin seiner Ergebnisse münden in vereinfachende Urteilsstrategien. Diese finden in dem Rückbezug auf solche Wahrnehmungsmuster und informellen Codes, die souverän beherrscht werden, ihr Referenzmedium. Das zeigt sich in den fortdauernden Selbst- und Fremduordnungen innerhalb des Kollektivrasters Ostdeutsche/Westdeutsche. So spiegelt sich auch im Hochschulbereich ein über diesen hinaus feststellbarer Umstand: Die einheitsstaatliche neue Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat mit zwei Gesellschaften.

Daneben ist freilich auch des öfteren zu vernehmen, dass es keineswegs nur Konfliktlinien zwischen Ost & West gebe. Als eines der Motive

dieser Relativierung ist zu orten, dass manche auch ein wenig enerviert sind von der deutsch-deutschen Nabelschau. Sie möchten deshalb darauf aufmerksam machen, dass Konflikte und Differenz in jeglichen sozialen Bezügen eine wenig überraschende Normalität darstellen.

## 5. Umdeutungen

Zu den frappierendsten ostdeutschen Transformationserfahrungen – über den Hochschulbereich hinaus – gehört die folgende: Erstaunliche Vorgänge wurden von denjenigen in Westdeutschland, die ob ihres Stattfindens erstaunt waren, im Laufe der Zeit akzeptiert, ohne dass die Vorgänge plötzlich weniger erstaunlich geworden wären. Diese Einschätzung meint nicht den schlichten Umstand, dass nun einmal Passiertes als solches zur Kenntnis genommen werden muss, ohne sich fortwährend darüber empören zu können. Sie meint vielmehr eine grundsätzliche Übernahme neuer Akzeptanzmuster.

An zwei Beispielen zeigte sich das besonders eindrücklich: bei der Bewertung der Treuhandanstalts-Tätigkeit zum einen und der Neuordnung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft zum anderen. Erstere gilt mittlerweile als zwar nicht im engeren Sinne erfolgreiche oder saubere, aber doch weitgehend akzeptable Erledigung einer Aufgabe, der es von vornherein an realistischen Erfolgsaussichten ermangelte – was freilich die Öffentlichkeit in einem längeren Aufklärungsprozess erst schmerzhaft habe zur Kenntnis nehmen müssen; inzwischen hat sie zur Kenntnis genommen.

Ebenso gibt es bei der Bewertung des Umbaus der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft kaum noch öffentlich wahrnehmbare Kritik, obgleich das Kopfschütteln über die Art der Umgestaltung Anfang der 90er Jahre auch in Westdeutschland weit verbreitet war. Tatsächlich fiel die Transformationsbehandlung der ostdeutschen Wissenschaft so gründlich aus, wie es sonst nur in den Bereichen der Armee (NVA) und des Geheimdienstes (MfS) beobachtet werden konnte. Weitaus besser als die Hochschulen/Forschungsinstitute, Armee und Geheimdienst kamen die anderen Teile der DDR-Funktionselementen davon: Polizei, Justiz (hier nicht zuletzt durch die Wechselmöglichkeit in die Rechtsanwaltschaft), Schulwesen, Medien, kommunale Verwaltungsapparate und Wirtschaftsleiter (seit 1990 ‚Geschäftsführer‘) – wer dort war, ist in aller Regel geblieben, was er oder sie war. Dies gilt selbst für den Mittelbau des SED-Apparates,

wenn berücksichtigt wird, dass dieser in der DDR auch wirtschaftsleitende Funktionen hatte: ein Großteil dieses Apparates ist heute (soweit nicht verrentet) in der Wirtschaft tätig.

Gehen wir von der Selbstverständlichkeit aus, dass die Transformation einer Gesellschaft immer um der Menschen willen stattfindet, die diese Gesellschaft bilden, dann können Bewertungen nicht nur erfolgreichen Strukturtransfer bilanzieren (zumal im Wissenschaftsbereich selbst dieser gewissen Zweifeln unterliegt). Betrachten wir aber, was den ostdeutschen WissenschaftlerInnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorrühständler, vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert. Neben dieser Reduzierung ist das Personal deutlich vermännlicht und verwestlicht worden.<sup>17</sup> –

Mancher gestaltende Akteur wurde angesichts der Ergebnisse mitunter von Zweifeln geplagt. Inzwischen hat sich jedoch die Anschauung durchgesetzt, dass dies nun einmal so radikal nötig gewesen sei. Rainer M. Lepsius sprach 1999 auf einer Tagung in Dresden vom „Kohortenschicksal“, das mitunter einzelne Generation ereile. Er verglich die ostdeutschen Wissenschaftler mit Kriegsgenerationen: Letztere hätten immer überdurchschnittliche Todesopfer zu beklagen, was nicht wiedergutmachbar sei, und ebenso hätten die DDR-Wissenschaftler überdurchschnittlich berufliche Existenzopfer bringen müssen.

Zwischenzeitliche Erfahrungen auf der persönlichen Ebene lassen bei vielen Beobachtern oder Gestaltern die radikalen Maßnahmen zusätzlich berechtigt erscheinen: Die ostdeutschen WissenschaftlerInnen, so die Wahrnehmung, passen habituell nicht so recht in den gewohnten akademischen Betrieb, sie gehören nur ausnahmsweise zu denjenigen, die unablässig neue Ideen versprühen, sie neigen eher zur Zurückhaltung, haben nicht so viele interessante Kontakte, auch nach zehn Jahren noch nicht, wirken in ihren Denkweisen häufig ein wenig barock und im Argumentationsstil unbeholfen, sprechen einen weithin unbeliebten Dialekt (und

---

<sup>17</sup> worauf erstmals Schluchter (1993, 13) hinwies.



wenn nicht den, dann berlinern sie, was wieder eine Spur zu selbstbewusst wirkt), legen Wert auf akademische Titel und Etikette, anstatt das feinere und raffiniertere Distinktionsrepertoire des westlichen Wissenschaftsbetriebs zu erlernen, usw. usf. Kurz: es scheint vermutlich eher von Vor- als von Nachteil, dass RepräsentantInnen dieses Wissenschaftlertypus nur noch eine eingeschränkte Anzahl der begrenzten Stellen besetzt halten. Das scheint inzwischen auch frühere Kritiker des Instrumentariums der ostdeutschen Wissenschaftstransformation mit den abgeschlossenen Vorgängen versöhnt zu haben.

Nach dem Ende der Kritik häufen sich die positiv ausfallenden Bilanzen. Eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft sei in Ostdeutschland entstanden, wird immer wieder betont, und in der Tat: Es gibt selbstredend Ergebnisse der letzten zehn Jahre, die heute niemand mehr missen möchte, die gleichwohl 1989 alles andere als selbstverständlich waren: freier Studienzugang und eine ebensolche wissenschaftliche Debatte gehören dazu; die regionale Auffächerung hochschulischer Angebote und die wieder flächendeckende Vertretung der meisten Fächer machten DDR-Konzentrationstendenzen – etwa Psychologie nur an drei Hochschulen landesweit studieren zu können – rückgängig; die Bibliotheken sind deutlich vielfältiger bestückt; es wurde und wird viel in die technische Infrastruktur investiert; ebenso geht die Sanierung der maroden Bausubstanz voran; Spannteppich statt Linoleumbelag auf den Fußböden der Institutsbüros vermittelt das Gefühl, mit beiden Beinen im Westen zu stehen; die internationalen Kommunikationsmöglichkeiten sind fortdauernder Anlass zur Freude; auch die akademische Selbstverwaltung ist ein täglich neu genossenes Glück. Die Systemintegration also scheint gelungen. Die Frage ist: War dies tatsächlich nur um den Preis des weitgehenden Scheiterns der Sozialintegration möglich?

Die Beantwortung muss wohl recht grundsätzlich ansetzen. Dann wäre zunächst zu sagen: Es kennzeichnet einen Rechtsstaat, dass die Anwendung seiner Grundsätze und Verfahren nicht davon abhängig ist, ob die jeweils Regelungsbegünstigten sympathisch sind oder nicht. Rechtsstaatlichkeit gilt für alle gleichermaßen: genau das macht den Rechtsstaat aus. Über die Geltung dieser elementaren Norm freute man sich auch in Ostdeutschland mit ungebrochener Herzlichkeit, wenn da nicht zugleich untergründig bohrende Fragen wären: Kann es wirklich so korrekt gewesen sein, dass es bei den Massenkündigungen manchmal die Richtigen mit falschen Gründen traf, mitunter hingegen die Falschen in formal fehlerfrei

abgelaufenen Verfahren? Kann es wirklich so korrekt gewesen sein, dass der Verbleib mancher im Wissenschaftsbetrieb auf dummen Zufällen beruhte, der Verbleib anderer auf Dreistigkeit, ohne dass man sagen müsste, abseits ihrer Dreistigkeit hätte es keinen Grund für ihren Verbleib gegeben? Warum bloß ist plötzlich das Hochschulpersonal so überdeutlich vermännlicht? War es wirklich segensreich, wenn z.B. in der BWL kein einziger westelbisch Habilitierter abgelehnt werden konnte – einfach weil auf einen Schlag so viele Stellen neu zu besetzen waren? Weshalb bloß war die Befreiung von den einen Seilschaften nur um den Preis der Aufnahme der anderen Seilschaften, die jetzt Netzwerke heißen, hinzukriegen?

Das paradigmatische Muster für die Vorgänge hatten die Abwicklungen 1990/91 abgegeben. Diese wiederum bauten auf einer Vorgeschichte auf, nämlich dem Verhalten der Hochschulen seit dem Herbst 1989. Ähnlich wie die Volkspolizei oder Kommunalverwaltungen bspw. waren sie kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche. Immerhin aber war die Notwendigkeit eines Umbaus der Hochschulen im Grundsatz von niemandem streitig gestellt worden:

*„Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt“ (Neidhardt 1994, 34).*

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung an den Hochschulen als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so musste doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ etwa musste „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten“ (ebd., 38). Zugleich bestritt keiner der beteiligten Akteure, dass es bei diesem Umbau um eine demokratische Erneuerung gehen müsse. In aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, musste nun keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Doch im Wesentlichen verlegte man sich 1990 dann erst einmal darauf, den Hochschulbetrieb am Laufen zu halten, die neuen politischen Leitlinien abzuwarten und sich im übrigen nicht zu weit aus der Deckung zu wagen. Zugleich scheint das, im Rückblick betrachtet, auch nicht gänzlich unsinnig gewesen zu sein. Denn die vereinzelt Innovationsversuche, die es auch gab, überlebten in aller Regel kaum die Jahre 1991/92. Die politischen Instanzen jedenfalls sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen, und dort setzten dann um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen vorrangig Hochschulinststitute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.

Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer MitarbeiterInnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak (1991, 373).

Eine Maßnahme von solcher Eingriffstiefe wie die Abwicklung konnte dann auch nicht ohne Auswirkungen auf den Gesamtprozess bleiben. In der retrospektiven Betrachtung erweisen sich die Abwicklungen als die demokratischen Maßstäbe verderbende Diskursfolie. Sämtliche nachfolgenden Maßnahmen wurden vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet. Alles weitere fand sich dann als vergleichsweise ‚nicht so schlimm‘ beurteilt, was sachlich durchaus zutreffend war: Denn es griff in der Tat geringer in individuelle Rechte ein als eine Abwicklung. Mit der Bewertungsfolie Abwicklung im Hintergrund war jedenfalls die Voraussetzung geschaffen worden, innerhalb der Hochschulerneuerung normabweichenden Vorgängen den Status der Hinnehmbarkeit zuzuerkennen.

## 6. Desintegrationsmuster

In einigen Fällen gab es dann auch institutionelle Anschlüsse an die alten, nun abgewickelten Einrichtungen in Gestalt von Neugründungen. Diese hatten in der Regel westdeutsch dominierte Gründungsgremien. Das konnte einerseits ihre künftige Akzeptanz im gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb fördern, hatte andererseits Auswirkungen auf die Einstellungs- und Berufungspraxis. Auf Stellen in solchen Neugründungen konnten sich auch die Ost-WissenschaftlerInnen aus der Warteschleife heraus bewerben. Dann aber standen sie in der offenen Konkurrenz zu westdeutschen (und ausländischen) BewerberInnen, die naheliegenderweise meist eindrucksvollere akademische Biographien vorzuweisen hatten. Da auch in der Wissenschaft, wie überall, nicht nur Spitzenleistungen vollbracht werden, sondern ein breites Mittelfeld existiert (vor dem die Spitzenleistungen als solche erst erkennbar werden), lässt sich die Schiefeit der Situation durch den Satz charakterisieren: Wo in einer wettbewerblichen (also nicht durch Patronage zusätzlich verzerrten) Auswahl-situation ein durchschnittlicher westdeutscher Kandidat einem durchschnittlichen ostdeutschen Kandidaten gegenüber stand, kam regelmäßig der Westdeutsche zum Zuge, weil er durch längere Publikationsliste, der Kommissionsmehrheit vertrautere Themen seiner Qualifikationsarbeiten, durch Auslandsaufenthalte und passfähigeren Habitus immer ein klein wenig mehr zu beeindrucken vermochte.

Wolfgang Kaschuba verdanken wir den Hinweis, dass sich die derart entstehende Gesamtsituation im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

*„Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.“ (Kaschuba 1993)*

Das Muster, das nun wirkte, ist bereits aus der Frauenforschung bekannt. Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, dass Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten

Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine gläserne Decke, die nicht sichtbar, aber umso fühlbarer ist. Ein vergleichbares Muster wirkt seit Anfang der 90er Jahre in Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stoßen.

Dies lässt sich aus aktueller Sicht an einer speziellen Gruppe von Ost-WissenschaftlerInnen beschreiben. Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der 90er Jahre hat es auch noch eine andere Evaluation gegeben: die durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: originell und zugleich nicht völlig inkompatibel zum Mainstream soll er oder sie sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im weiteren eifrig publizierend, fremdsprachig und polyzentriert, nicht zu vergessen sind Kommunikationsfähigkeit wie ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. Davon nun, so war die landläufige Auffassung, fehle den Ost-WissenschaftlerInnen meist einiges, und das war nicht immer falsch. Allerdings: inzwischen gibt es im Osten eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die all diese Qualifikationen hat und es nachgewiesen hat. Das sind Angehörige der mittleren Generation, die seit zehn Jahren, ohne unterwegs einzuknicken, von einem Projekt zum nächsten geturnt sind – damals zwischen 35 und 45 Jahre alt, heute entsprechend zwischen 45 und 55. Manche konnten durch ihre Projektaktivitäten nicht habilitieren, andere konnten es, aber sie haben, wie es aussieht, ebenso wenig eine Chance auf Berufung, denn: Auch die Ostdeutschen stoßen an die oben erwähnte gläserne Decke. (vgl. Bollinger et al. 2000)

Auffällig waren bereits in unseren 1995 geführten Interviews die Hinweise auf die jungen Ostwissenschaftler, die, von westdeutschen GesprächspartnerInnen, immer wieder aus einzelnen negativen Bewertungen herausgenommen wurden. Hier schien sich den osterfahrenen Westdeutschen in besonderer Weise zu zeigen, was als übergreifende Notwendigkeit für erfolgreiches Agieren gilt: Flexibilität. Die trat an den ostdeutschen Hochschulen, aber nicht nur dort, in zweierlei Weise auf: als kreative Beweglichkeit und als anpasserische Wendigkeit. Erstere eignete sowohl DDR-Karrieristen, gespeist aus trainiertem Durchsetzungsvermögen, wie -Nonkonformisten, begründet in Konfliktfähigkeit, die auf individueller Autonomie beruht. Anpasserische Wendigkeit zeichnet(e) den klassischen Mitläufertyp aus. Er ist zu flexibler Verhaltensanpassung so-

lange fähig, als die neuen Rahmenbedingungen strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufweisen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen war: Die Träger der ersteren suchten sich ggf. ihre Möglichkeiten selbst. Die Träger der letzteren jedoch mussten die Möglichkeiten geboten bekommen. Andernfalls versagten die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

Dennoch: weitere fünf Jahre später stoßen die seinerzeit positiv erwähnten Kreativ-Beweglichen an die gläserne Decke. Dafür scheint es zwei Gründe zu geben. Die Ostdeutschen gehören nicht zu den etablierten Netzwerken, und sie gehören bis heute nicht dazu, weil sie den Netzwerkkern eigentümlich fremd sind. Es läuft da ein vergleichsweise simples Schema ab (ohne dass dies denjenigen, die es ablaufen lassen, bewusst sein muss): Wer nicht so ist wie wir, der/die ist anders; wer aber anders ist, könnte u.U. mal Schwierigkeiten machen oder schlicht Reibungen verursachen; wer Schwierigkeiten machen oder Reibungen verursachen könnte, muss nicht unbedingt bei uns integriert werden – jedenfalls nicht solange noch andere zur Verfügung stehen, die mit ziemlicher Sicherheit keine Schwierigkeiten machen, weil sie schon von vornherein so sind wie wir.

Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber: dass diese zu Stande kommen, setzt eine bewusste Ausschaltung der Gegenmechanismen voraus. Diese bewusste Ausschaltung von Gegenmechanismen müsste politisch organisiert werden. Der Wissenschaftsbetrieb leistet dies nicht von allein. Das – unter anderem – haben die letzten zehn Jahre gezeigt.

### **Literatur**

- Abbott, Alison (1999): Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature* 401 (1999), S. 635-639.
- AG „Studiengestaltung in den neuen Ländern“ [der Fachtagung Medizin] (Hg.) (1993): MC-Reader der AG „Fünf neue Länder“. Unterlagen bis 14.12.1993, o.O. [Dresden/Leipzig].
- Albert, Kati (1995): Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus West-Berlin an die ostberliner Humboldt-Universität? In: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 95-104.
- dies. (1998): Zur Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten/innen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II, Berlin, unveröff.

- Bollinger, Stefan/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (2000): Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 195-203.
- Böttcher-Ilal, Tatjana (1998): Identitäten im Umbruch. Eine empirische Untersuchung zu Voraussetzungen der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II Berlin, unveröff.
- StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.) (1999): 1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach (= *UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität* Nr. 106/November 1999), Berlin.
- Brentjes, Sonja/Peer Pasternack (1994): Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost* 4/1994, S. 28-43.
- Bretschneider, Falk/Peer Pasternack (Hg.) (1999): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen, Leipzig.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1995): "Besser als befürchtet - schlechter als erhofft". Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.
- dies. (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg.
- dies. (2000): Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen Hochschulerneuerung?, in: Beate Kraus (Hg.), *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*, Frankfurt/New York, S. 171-194.
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf (Hg.) (1997): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen.
- Doll, Jörg/Rosemarie Mielke/Michael Mentz (1994): Formen und Veränderungen wechselseitiger ost-westdeutscher Stereotypisierungen in den Jahren 1990, 1991 und 1992, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3/1994, S. 501-514.
- Gilbert, Lutz (2000): Zu Arno Hecht: „Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländern“, *hso* 1-2/2000, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 307-309.
- Hecht, Arno (2000): Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 210-221.
- Kaschuba, Wolfgang (1993): Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin, S. 255-301.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) (1998): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin.

- Kodalle, Klaus-Michael (1996): Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.
- Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.) (1997): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin, Frankfurt a. M./New York
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a. M.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hans Joachim (1993): Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 296-298.
- Nature (1994) = German academics find career boost in east, in: *Nature* 370 (1994), S. 240.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in: Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a. M., S. 33-60.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 133-148.
- ders. (1997): Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 247-255.
- Nowak, Kurt (1991): Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig.
- ders. (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 371-380.
- ders. (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special), Leipzig.
- ders. (1999a): Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Weinheim.
- ders. (1999b): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 - 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim.
- ders. (2000): Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989, in: ders./Th. Neie (Hg.), *stud. ost 1989-1999*, Leipzig, S. 28-53.



- ders. (2001): Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: ders. (Hg.), DDR-bezogene Hochschulforschung, Weinheim/Basel, S. 219-238.
- ders. (Hg.) (2001a): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Weinheim/Basel.
- ders./Thomas Neie (Hg.) (2000): stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig.
- Pollack, Detlef (1996): Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen, in: *Soziologische Revue* 4/1996, S. 412-429.
- Pommerening, Christian / Fachschaft Afrikanistik/Orientalistik der Universität Leipzig (Hg.): Der „Fall Treide“. Dokumentation einer Debatte, Leipzig o.J. [1993].
- Rippl, Susanne (1995): Vorurteile und persönliche Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 4/1995, S. 273-283.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, Teil 2, in: *hochschule ost* 9/1993, S. 5-18.
- Schneider, Ulrich Johannes (1996): Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159.
- Schümer, Dirk (1995): Geschichte als Wundpflaster. Die Potsdamer Historiker rechnen mit ihrer Vergangenheit ab – aber nur mit der vor 1989, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.7.1995, S. 29.
- Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 308-310 und 6/1993, S. 387.
- Tajfel, Henri (1982): Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern/Stuttgart.
- Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): Universität Leipzig Personalverzeichnis 1996/97, Leipzig o.J. [1996].
- Westhoff, Karl (Hg.) (1995): 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin: Multiple Choice. Möglichkeiten und Grenzen von Multiple-Choice Prüfungen in der Medizin, Lengerich/Berlin/Riga/Scottsdale AZ/Wien/Zagreb.
- Wöhler, Hans-Ulrich (1996): Die Erfahrung des Anderen, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.
- Wolter, Henner (1992): Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden.
- Zimmermann, Karin (1997): Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer, in: S. Lang/B. Sauer (Hg.), *Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt a.M./New York, S. 247-262.
- dies. (1999): Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Am Beispiel der Reorganisation ostdeutscher Universitäten, in: Falk Bretschneider/Peer Pasternack (Hg.), *Akademische Rituale*. Leipzig, S. 171-194.
- dies. (2000): *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen*, Berlin 2000.